Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 3

Artikel: Die DDR gehört zur deutschen Geschichte
Autor: Ordnung, Carl
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143822

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Carl Ordnung

Die DDR gehört zur deutschen Geschichte

Carl Ordnung denkt über die Gründe seines Engagements in der ehemaligen DDR nach. Er zeigt auf, dass die DDR auch ein Ergebnis der Politik der alten BRD gewesen und insofern als Teil der gemeinsamen deutschen Geschichte zu betrachten ist. *Red.*

Die Teilung duch Teilen überwinden

Wenn wir heute die neuen Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen diskutieren, geht es nicht um «Versöhnung» – wir waren ja keine Feinde –, sondern um die Aufarbeitung enttäuschter Erwartungen und Hoffnungen. Ich habe 1989/90 drei tiefe Enttäuschungen erlebt: erstens über den *Realsozialismus* nach dem Offenbarwerden des Ausmasses seiner kriminellen Aspekte und der Senilität seiner Führung, zweitens aufgrund des Scheiterns einer eigenständigen *demokratischen Erneuerung,* u.a. durch die Runden Tische, an denen ich beteiligt war, und drittens über die *soziale Marktwirtschaft,* an die ich doch einige Hoffnungen geknüpft hatte. Viele Ostdeutsche haben ähnliche Erfahrungen gemacht. Diese Frustration zu bearbeiten und zu überwinden, halte ich für dringlich, denn sie lähmt Kräfte, die für die Gestaltung der Zukunft notwendig sind.

Wie kann das geschehen? In der Regierung de Maizière herrschte bis zum Sommer 1990 die Meinung vor, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein sich über Jahre erstreckender Prozess sein werde, bei dem jeder Schritt umfassend diskutiert und unter Berücksichtigung der Interessen beider Seiten genau bedacht werden müsse. Aber weil man die Gestaltung dieses Prozesses dann einseitig der Wirtschaft überliess, erfolgte bald der Anschluss der DDR an die BRD, den manche im Osten als eine Art *Kolonisierung* erleben. Jetzt kommt es darauf an, Möglichkeiten des Gedankenaustauschs über unsere 40jährigen unterschiedlichen Erfahrungen zu schaffen. Denn die Teilung wird nur durch Teilen überwunden. Das gilt womöglich für das Geistige, das Gefühlsmässige noch mehr als für das Materielle.

Wie kann Einheit erwarten, wer ihre Realisierung Kräften überlässt, die vom Konkurrenzmotiv gesteuert sind? Oder wer Schwarz-Weiss malt und dem «Unrechtsstaat DDR» den «Rechtsstaat BRD» gegenüberstellt? Ich möchte nicht ein Jota von dem massiven Unrecht, das in der DDR geschah, unter den Teppich kehren. Aber es war nicht alles Unrecht. Es gab viel Opferbereitschaft, Einsatz und im ganzen eine *grössere soziale Gerechtigkeit.* Und wie effektiv ist eine Wirtschaft, die Jahr für Jahr mehr Arbeitslose hervorbringt?

Gründe für das Engagement in der DDR

Über die DDR wird heute in einer Weise geredet, dass man kaum noch jemandem verständlich machen kann, warum ein einigermassen vernünftiger Mensch und Christ sich für diesen Staat engagiert hat, wie ich es getan habe – mit unterschiedlicher Intensität und zunehmend kritischer. Ich möchte an drei Gegebenheiten unserer Geschichte beispielhaft erläutern, worin ich Gründe für ein solches Engagement sah:

1. 1952 unterbreitete die Sowjetregierung einen Vorschlag für *freie gesamtdeutsche Wahlen* als Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands – unter der (verständlichen) Bedingung, dass dieses Deutschland

neutral bleiben müsse, sich also weder an den Westen noch an den Osten binden dürfe. Adenauer hat diesen Vorschlag sofort zurückgewiesen. Er könne nicht ernstgemeint sein (was nach unserem heutigen Kenntnisstand nicht stimmt). Freiheit, und das bedeutete für Adenauer feste Einbindung in den Westen, habe Priorität vor Einheit. Für mich hat dieser Akt eine Möglichkeit der Wiedervereinigung, die Westdeutschland sicher einige Opfer gekostet hätte, kühl ausgeschlagen und 17 Millionen Ostdeutsche dem sowjetischen Einflussbereich überlassen. Heute müssen sie sich dafür verantworten, dass sie die Situation angenommen und versucht haben, das Beste daraus zu machen. Dass die DDR dadurch stabilisiert und zur Eigenständigkeit gezwungen wurde, hat primär der Westen zu verantworten.

2. Die beiden deutschen Staaten repräsentieren unterschiedliche Traditionen; der eine war konservativ und bot auch ehemaligen Faschisten im Regierungsapparat, in der Justiz und anderswo Positionen; der andere verstand sich als progressiv, die meisten vom Faschismus zur Emigration Gezwungenen kehrten in ihn zurück. Obwohl die beiden Staaten gegeneinander gerichteten Militärbündnissen angehörten, wäre es vorstellbar gewesen, dass sie Beziehungen kritischen Respekts zueinander aufgebaut hätten. Genau das geschah nicht; denn die BRD erklärte sich zum einzigen deutschen Staat, erhob international einen *Alleinvertretungsanspruch* und drohte allen Staaten, die ihn nicht respektierten, mit politischen und wirtschaftlichen Sanktionen. Dass so dem Staat, in dem ich lebte, die Teilnahme am internationalen Leben verwehrt wurde, dass seine Einwohner als «Zonenbewohner» apostrophiert wurden, hat meine Entwicklung zum bewussten DDR-Bürger gefördert.

3. Aber es ging nicht nur um deutschdeutsche Beziehungen. Die westdeutsche Politik zielte im Verein mit den westlichen Verbündeten auf die *Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs* und war damit gegen die UdSSR gerichtet. Ich lernte im Rahmen der 1958 gegründeten Christlichen Friedenskonferenz zahlreiche Christinnen und Christen in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Polen und in der Sowjetunion kennen. Die Nichtanerkennung der DDR und der Nachkriegsgrenzen durch die BRD sowie deren zeitweiliges Streben nach Atomwaffen lösten unter ihnen beträchtliche Unruhe aus. Sie waren dankbar, dass es einen zweiten deutschen Staat gab, der freundschaftliche Beziehungen zu ihren Ländern unterhielt. In Erinnerung an die unermesslichen Leiden, die der deutsche Faschismus über die Völker der Sowjetunion und Osteuropas gebracht hatte, hielt ich jene westdeutsche Politik für unbussfertig und unmoralisch.

Zwar scheint das Ziel dieser Politik unter veränderten Vorzeichen und mit einigen Abstrichen 1990 doch erreicht worden zu sein. Die Aussagen, die *Bundeskanzler Kohl* vor der Enquete-Kommission des Bundestags gemacht hat, fasst der Tagesspiegel (5.11.93) wie folgt zusammen: «Die eigentliche Entscheidung zur deutschen Einheit sei bei seinem Besuch am 15. und 16. Juni 1990 vor dem Flug mit dem damaligen sowjetischen Staatschef Gorbatschow in den Kaukasus gefallen. Er habe Gorbatschow damals gefragt, ob dieser wie zuvor weiterhin auf einer Neutralität Deutschlands als Voraussetzung für die Einheit bestehe. Wenn dies der Fall sei, bräuchten sie nicht mehr in den Kaukasus zu fliegen. Gorbatschow habe nur gesagt: ‹Wir sollten fliegen.›» Im Klartext war dies eine Erpressung. Vielleicht hängt die Tatsache, dass die deutsche Einheit bisher kaum etwas zum äusseren und zum inneren Frieden beigetragen, dass sie vielmehr Rassismus, Nationalismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus gefördert hat, mit der Art und Weise ihres Zustandekommens zusammen.

Dass die DDR so geworden ist, wie sie war, das war nicht nur, aber doch sehr wesentlich auch das Ergebnis der Politik der alten BRD. Deshalb kann man die 40 Jahre DDR nicht isoliert betrachten, sondern nur als Teil der *gemeinsamen deutschen Geschichte,* der wir uns gemeinsam stellen sollten.